

Eine schrecklich perfekte Welle

Mutige Schritte gegen die heranziehende Ernährungskrise sind gefragt

von Michael Brüntrup,

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 25.04.2022

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



So hatte sich das Landwirtschaftsminister Cem Özdemir wohl nicht vorgestellt, als er im Dezember 2021 forderte, die Lebensmittelpreise in Deutschland müssten steigen. Die Idee dahinter war, über höhere Preise die durch neue Umweltauflagen entstehenden Kosten zu kompensieren.

Nun steigen die Nahrungsmittelpreise auch ohne Auflagen rapide an. Dies geschah zunächst aufgrund der globalen COVID-19-Krise und der damit verbundenen Störungen der Agrarlieferketten. Eine weitere Verteuerung verursachte die rasche Erholung der Weltwirtschaft und der Anstieg der Nachfrage nach Agrarprodukten, die auf geschwächte Lieferketten traf und viele Preise auf den höchsten Stand seit der letzten Agrarpreiskrise 2011/13 schnellen ließ. Jetzt kommt der Krieg in der Ukraine hinzu. Denn die Ukraine, Russland und Belarus spielen auf den globalen Agrarmärkten eine bedeutende Rolle. Unmittelbar geht es um Weizen, Sonnenblumen, Düngemittel, Gas und Energie. Mittelfristig werden alle Agrarmärkte betroffen sein. Es droht eine sinkende Kaufkraft, und insbesondere im Globalen Süden drohen Nahrungsmittelengpässe, Fehlernährung, Hunger und sogenannte „Brotaufstände“. Solche Unruhen entstehen dort, wo Abhängigkeiten von Nahrungsmittelimporten besonders hoch sind und auf bereits anfällige politische Situationen treffen. Dieses Mal sind z.B. der Libanon und Ägypten besonders gefährdet. Aber auch viele andere Länder und die Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen spüren überall die hohen Nahrungsmittelpreise schon jetzt schmerzhaft. Aus diesen Umständen können sich auch neue zwischenstaatliche Konflikte entwickeln.

Die neue Agrarpreiskrise ist komplex. Wie können ihre negativen Auswirkungen durch kurz- und langfristige Maßnahmen abgefedert werden? Zunächst sollte, wo möglich, verhindert werden, dass Nahrungs- und Produktionsmittelexporte behindert werden. Ein Ende des Krieges wäre natürlich von überragender Wichtigkeit, schon für die Versorgung im Land, aber er würde die Probleme nicht beenden. Für die Ukraine müssen wahrscheinlich Alternativen zum Export über den Seeweg ausgebaut werden. Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus, wie der Ausschluss von Banken vom SWIFT-System, sollten diese Produkte ausnehmen oder es sollten für sie alternative Zahlungswege gefunden werden. Wenn Deutschland Gasimporte aus Angst vor den massiven wirtschaftlichen Folgen nicht boykottiert, gilt eine solche Abwägung erst recht für drohende Nahrungsmittel-Engpässe. Hier müssen doppelte Standards verhindert werden.

Weitere Maßnahmen sind eine massive Erhöhung von Nahrungsmittelhilfen in den ärmsten Ländern wie Jemen oder Somalia, und (höhere) Geldtransfers an arme Haushalte in Entwicklungs-, aber auch in reichen Ländern wie Deutschland. Die Preise für Grundnahrungsmittel können über reduzierte Importzölle, Senkung von Verbrauchssteuern oder durch Sub-

ventionen gesenkt werden. Für arme Länder kann die Finanzierung von Nahrungsimporten unterstützt werden. Wo möglich sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln und das Horten von Agrarprodukten begrenzt werden. Qualitativ geeignete Agrarprodukte könnten von der Tierhaltung und Bioenergieproduktion hin zu menschlichem Konsum umgelenkt werden, z.B. über temporäre Steuern. Für Bioenergie ist in manchen Gesetzgebungen die Reduktion von Beimischungsquoten zum Sprit in Notfällen vorgesehen. Allerdings sind solche Umlenkungen kurzfristig nur für wenige Produkte wie Weizen und für hohe Produktqualitäten möglich, mittelfristig geht das über eine Änderung der angebauten Arten, Sorten und Anbautechniken besser. Um die nächste Ernte sicherzustellen, müssen die Versorgung mit Betriebsmitteln wie Mineraldünger, der Zugang zu Krediten und evtl. zu (Ver)sicherungen oder Garantien gegen starke spätere Preiseinbrüche sichergestellt und damit Risiken für Landwirt*innen reduziert werden.

Längerfristig sollten strategische Konsequenzen aus diesen und weiteren Krisen wie Dürren, die vom Klimawandel noch verschärft werden, gezogen werden. Die Landwirtschaft und die Nahrungssysteme müssen widerstandsfähiger werden; gleichzeitig dürfen die Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit nicht nachlassen. Anbaumaßnahmen, die heute dem Begriff Agrarökologie zugeordnet werden, wie Stickstoff-Düngung über den Anbau von Leguminosen wie Klee, Acker- oder Sojabohnen, Agroforstsysteme oder Humusaufbau, verbessern und stabilisieren die Agrarproduktion. In Regionen mit geringer Anbauintensität und Raubbau am Boden wie in Subsahara-Afrika muss die Produktion gesteigert werden, auch mit externen Betriebsmitteln, Bewässerung und anderen technischen Lösungen.

Die Nahrungssysteme müssen auch jenseits des Anbaus bei Lagerhaltung, Verarbeitung und Konsum bis zur Wiederverwendung optimiert werden. Für mehr Resilienz sollten Anbausysteme und Handelsströme diversifiziert, Lagerhaltung und soziale Sicherung ausgebaut werden. Der Rückzug auf rein lokale Versorgungssysteme, wie er derzeit viel diskutiert wird, ist allerdings kaum der richtige Weg – lokale Ernteschwankungen können schnell zu lokalen Nahrungskrisen führen. Auch der Erhalt eines gewissen Maßes an Tierfutter- und Bioenergie-Produktion ist als Nahrungsmittel-Puffer durchaus sinnvoll.

Für die globale Ernährungssicherung gilt also ein komplexes Zielsystem mit großen Unsicherheiten, vielen Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblemen und nicht marktfähigen ökologischen Dienstleistungen. Klare und starke staatliche und zwischenstaatliche Regeln sind ebenso nötig wie staatliche Unterstützung. Dafür braucht die Governance des globalen Nahrungssystems ein System-Update!